Geschrieben von: Lorenz
Freitag, den 09. Mai 2014 um 11:09 Uhr

Jutta Krellmann zeigt sich empört

Befristete Arbeitsverträge: Gerade die Ministerien sind kein Vorbild

9. Mai 2014 - **Berlin/Hameln (wbn). Die Anzahl befristeter Arbeitsverträge ist gerade dort, wo der Staat eine Vorreiterrolle spielen könnte, drastisch gestiegen: In den Bundesministerien.**

Auf diesen als skandalös bezeichneten Sachverhalt hat die heimische Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke Jutta Krellmann hingewiesen. „Es ist ein Skandal. Statt mit gutem Beispiel voranzugehen, sind einige Bundesministerien sogar Vorreiter bei der Befristung von Arbeitsverträgen. In manchen Ministerien sind mittlerweile zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Beschäftigungsverhältnisse befristet.

Fortsetzung von Seite 1

Bei den Neueinstellungen verhält sich ein großer Teil der Ministerien gar schlimmer als die Wirtschaft. Die Linke will das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder zur Regel machen und fordert in einem ersten Schritt die Abschaffung der Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung“, so Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drs.-Nr. 18/1201), nach der die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge in Bundesministerien rasant angestiegen ist. Krellmann weiter: „In der Gesamtwirtschaft haben sich die Befristungen in den letzten 20 Jahren verdreifacht.

Heute ist fast die Hälfte aller Neuverträge befristet, wobei insbesondere die sachgrundlosen Befristungen einen enormen Zuwachs erfahren haben. In einigen Ministerien ist die Entwicklung sogar noch dramatischer als in der Gesamtwirtschaft. Im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gibt es 2013 rund dreizehnmal so viele befristet Beschäftigte wie 2004, im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind es sechzehnmal so viele und im Gesundheitsministerium neunmal so viele. Auch die Anteile der befristeten

Arbeitsverträge bei den neu abgeschlossenen Verträgen sind in vielen Ministerien deutlich höher als in der Gesamtwirtschaft, wo der Anteil 2013 bei 42 Prozent lag.

Im Gesundheitsministerium, im Familienministerium und im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft lagen die Anteile im Jahr 2013 bei mehr als 90 Prozent. In fünf Ministerien betrugen die Anteile zwischen 70 und 90 Prozent, in vier Ministerien zwischen 50 und 70 Prozent und lediglich in drei Ministerien unter 50 Prozent. Auch bei den sachgrundlosen Befristungen gibt es Ministerien mit enormem Zuwachs: Im Innenministerium waren es 2013 rund vierzigmal so viele wie 2004, im Gesundheitsministerium dreißigmal und im Ministerium für Wirtschaft und Energie zwölfmal so viele.“